

ENTWURF – Stand 8. Mai 2012, 16.00 Uhr

Fachregierungserklärung des Sächsischen Staatsministers des Innern

Markus Ulbig

Bewahren. Erneuern. Gestalten. Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen.

TOP1, 55. Landtagssitzung am 9. Mai 2012

- 1. Einleitung**
- 2. Bilanz**
- 3. Herausforderungen**
- 4. Stadtentwicklungsstrategie**
 - a. Städtebau**
 - b. Wohnen**
 - c. Historische Bausubstanz**
 - d. Integrierte Planung**
 - e. Stadt-/Umlandbeziehungen**
 - f. Bürgerteilhabe**
- 5. Förderstrategie**
- 6. Schluss**

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

1. Einleitung

Unsere Städte und Gemeinden gehören den Menschen. Die Sachsen leben und arbeiten gerne in ihren Städten; sie sind Heimat und Lebensmittelpunkt. Die Menschen fühlen sich mit ihrer Heimat verbunden. Städte stiften Identität.

Unsere Städte sind die Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Sie besitzen Anziehungskraft weit über ihre Grenzen hinaus, ihre Entwicklung ist entscheidend für den Wohlstand ganzer Regionen und der in ihnen lebenden Menschen.

Unsere Städte haben sich gewandelt und werden sich in den nächsten Jahren weiter verändern. Nur eine Stadt im Wandel ist auch eine lebendige Stadt.

Diesen Wandel zu gestalten – das ist die Aufgabe der Stadtentwicklung und deswegen ist Stadtentwicklung so wichtig. Sie muss das Wohl aller ebenso im Blick haben, wie das des Einzelnen. Stadtentwicklung ist für die Menschen da.

Egal, wo ich bin und zu welchem Anlass, in zahlreichen Gesprächen kommen wir immer auf die Stadtentwicklung zu sprechen. Der Tenor

ist oft der gleiche: die Menschen wollen das bewahren, was ihre Städte ausmacht. Sie wollen ihre Städte dort erneuern, wo es für die Zukunft wichtig ist. Und sie wollen sich und ihre Ideen einbringen und mit gestalten.

Meine Damen und Herren, im Freistaat Sachsen ist eine moderne und zeitgemäße Stadtentwicklungspolitik gerade etwas mehr als 20 Jahre jung. Verglichen mit dem stolzen Alter der meisten unserer Städte und Gemeinden, ist das ein sehr kurzer Zeitraum. Umso erstaunlicher ist die Qualität und Intensität der Entwicklung in dieser Zeit.

Ich möchte heute zum einen Bilanz ziehen, zurückblicken auf über 20 Jahre Stadtentwicklung in Sachsen. Ich möchte zeigen, wo wir heute stehen. Zum anderen, ganz entscheidend: ich will Ihnen ein Bild davon geben, was wir in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren erreichen wollen und wie wir das gemeinsam umsetzen werden.

2. Bilanz

Die Staatsregierung und die kommunale Familie können mit Stolz sagen: Stadtentwicklung in Sachsen ist eine Erfolgsgeschichte.

Dabei war die Ausgangssituation 1990 für unsere sächsischen Städte und Gemeinden alles andere als gut. Meine Damen und Herren,

schließen Sie doch einfach mal die Augen und versuchen Sie sich an damals zu erinnern. Was sehen Sie dann? Verfallene Stadtkerne, Altbauten, an denen seit Jahrzehnten nichts mehr gemacht wurde. Eine schlechte Infrastruktur und viele Industriebrachen auch in den Stadt-Innenbereichen. Kaum einer wollte noch in den Innenstädten leben.

Sie kennen vielleicht noch die Redewendung „Ruinen schaffen, ohne Waffen“ – der Versuch, diese Zustände mit Ironie erträglicher zu machen. Auch deswegen sind die Menschen 89 auf die Straße gegangen.

Sanierung und Neubau waren daher die zentralen Themen in den gesamten 90er Jahren – mit beeindruckenden Ergebnissen nach sehr kurzer Zeit. Wenn man damals z.B. ein paar Monate nicht in Bautzen, Borna, Leipzig oder Meißen war, hat man die Städte danach fast nicht wieder erkannt. Aus baufälligen, maroden, teilweise einsturzgefährdeten Gebäuden wurden regelrechte Juwelen. Für mich ist das, was damals geschaffen wurde, immer noch ein Wunder. Das ist für viele heute schon wieder zur Normalität geworden. Aber überlegen Sie einmal, ob Sie bspw. Ihren Kindern noch verständlich machen können, wie es an manchen Orten vorher aussah.

Die zweite Dekade der Stadtentwicklung wurde stark von der Bevölkerungsentwicklung in unserem Land beeinflusst. Auf der Suche nach Arbeit zogen die Menschen vielerorts weg, bereits in den 1990er Jahren gingen die Geburtenraten zurück. Das war jetzt deutlich spürbar. Die Folge: Leerstand. Auf dem Wohnungsmarkt herrschte ein großer Angebotsüberschuss, das bedrohte die Wohnungswirtschaft. Um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren, waren Rückbauten unumgänglich. Denken Sie bspw. an Hoyerswerda, da hat sich die Bevölkerung binnen weniger Jahre mehr als halbiert.

Heute können wir eine positive Bilanz ziehen. Die historische Bausubstanz konnte ganz überwiegend erhalten werden und wurde denkmalgerecht saniert. Wir haben eine moderne Infrastruktur. Der Wohnungsmarkt ist stabil. Die Bürgerinnen und Bürger sind in ausreichendem Maße mit modernisiertem und angemessenem Wohnraum versorgt.

Wir wären heute aber nicht dort, wo wir jetzt sind, wenn nicht alle mit angepackt hätten: die kommunale Familie, besonders die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, haben in ihren Städten wichtige Weichen gestellt. Investoren, Eigentümer, Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften haben viel Geld in Sanierung und Umbau gesteckt; Architekten, Planer und Bauhandwerk haben unsere Städte im neuen Glanz erstrahlen lassen;

unzählige Initiativen, Vereine und nicht zuletzt der einzelne Bürger, haben Ideen eingebracht und mitgeholfen, dass ihre Städte und Gemeinden lebenswert sind. All denen und selbstverständlich auch Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, gebührt für den unermüdlichen Einsatz im Sinne unserer Städte und Gemeinden Dank!

Die Förderung hat die Entwicklung der sächsischen Städte seit der Wende unterstützt. Mehr als 4,3 Milliarden Euro sind über verschiedene Förderprogramme von Land, Bund und EU seit 1991 in unsere sächsischen Städte und Gemeinden geflossen. Im Rahmen der Wohnungsprogramme kamen noch einmal weitere 5 Milliarden Euro hinzu. Überall in Sachsen haben wir damit viel bewirkt. Wir dürfen uns jetzt aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Denn es bleibt noch viel zu tun.

Als in den letzten Jahren in vielen Städten Gebäude und Infrastruktur abgerissen werden mussten, war das notwendig. Wir haben den Menschen gesagt: hier hört Stadtentwicklung nicht auf! In den nächsten Jahren muss es also darum gehen, die Städte qualitativ aufzuwerten, sie lebenswerter zu machen.

Die Frage lautet: was macht unsere Städte und Gemeinden eigentlich lebenswert? Da gibt es wahrscheinlich viele, teilweise auch unterschiedliche Ansichten. Aber ein paar Aspekte sind Konsens:

- die Menschen wollen eine funktionierende städtische Infrastruktur
- die Menschen wollen urbane und funktionale Städte
- die Menschen wollen schöne, grüne und gesunde Städte
- und die Menschen wollen an der Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden teilhaben

Mit dem Ziel lebenswerter Städte vor Augen und dem Erreichten im Rücken, ist der Anspruch für die nächsten Jahre klar: wir wollen das bewahren, was unsere Städte ausmacht, wir wollen dort erneuern, wo es unsere Städte besser macht und wir wollen diese Entwicklungen gemeinsam gestalten.

3. Herausforderungen

Das schaffen wir aber nur, wenn wir uns keinen Illusionen hingeben und aktuelle wie künftige Herausforderungen konsequent angehen.

Die nächsten zehn Jahre sind vor allem durch den **demografischen Wandel** und wichtige Weichenstellungen in der **Klima- und Energiepolitik** geprägt.

Ich muss hier sicher niemandem mehr erklären, was es mit dem demografischen Wandel auf sich hat. Nur ein paar aktuelle Zahlen:

Im Jahr 2025 leben in Sachsen rund eine halbe Million Menschen weniger als heute. Das sind so viele, wie Dresden heute ungefähr an Einwohner zählt. Außerdem wird die sächsische Bevölkerung älter: heute ist fast jeder vierte Sachse 65 Jahre oder älter; 2025 wird es fast jeder Dritte sein. Und es werden immer noch zu wenige Kinder geboren. Gegentrends zeichnen sich bisher nur in Dresden und Leipzig ab. All das hat große Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden: neuer Leerstand, zu große Infrastruktur, eine verstärkte soziale Dimension im Wohnungsbau sind die Folgen.

Daneben führen wir seit über einem Jahr in ganz Deutschland eine intensive Debatte über Energie- und Klimafragen. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Menschen weltweit geschockt und vor allem in Deutschland eine breite Diskussion über Atomkraft und Energie angestoßen.

Die Politik hat darauf reagiert. Die Energiewende ist ein großer und wichtiger Schritt. Sachsen will seinen Anteil daran leisten. Der Freistaat setzt in seinen Leitlinien „Sachsen 2020“ und seinem Energie- und Klimaprogramm klare Ziele. Fest steht: Die erreichen wir nur gemeinsam mit unseren Städten und Gemeinden.

4. Stadtentwicklungsstrategie

Der Handlungsdruck durch Demografie, Klima und Energie ist groß. Und eins steht fest, wir schaffen das nur gemeinsam. Zu allererst liegt die Stadtentwicklung in der Verantwortung der Kommunen selbst.

Der Freistaat lässt die Städte und Gemeinden aber nicht allein. Ich formuliere heute eine Stadtentwicklungsstrategie, die ich mit allen Akteuren der Stadtentwicklung gemeinsam umsetzen will. Auch wenn unsere Ansichten manchmal unterschiedlich sind, wir haben ein gemeinsames Ziel: lebenswerte und zukunftsfähige Städte.

Dieses Ziel ist eng mit einer **nachhaltigen Stadtentwicklung** verknüpft. Dabei geht es nicht nur um heute oder die nächsten drei, vier Jahre, sondern um Entscheidungen und Prozesse, die sich auf die nächsten Jahrzehnte auswirken. Zur städtebaulichen Nachhaltigkeit gehören vor allem ein verantwortlicher Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und die Verknüpfung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte. Stadtentwicklung muss die Interessen der kommenden Generationen im Blick haben.

Daran ist unsere gemeinsames Handeln auszurichten.

a. Städtebau

Wenn in Sachsen künftig weniger Menschen leben, kann es für unsere Städte und Gemeinden kein einfaches „weiter so!“ geben. Wenn sich unsere Gesellschaft verändert, müssen die Städte diesen Entwicklungen folgen. Wegen des Bevölkerungsrückgangs wird in der nächsten Dekade neuer Leerstand hinzukommen. Nach jetzigen Hochrechnungen werden perspektivisch rund 150.000 Wohnungen nicht mehr benötigt. Das sind 50.000 mehr, als in den letzten 10 Jahren zurückgebaut wurden. Nur Dresden und Leipzig sind davon weniger betroffen, alle anderen sächsischen Städte und Gemeinden müssen sich darauf einstellen.

Das heißt: Rückbau ist weiterhin unausweichlich. Wenn sie zukunftsfähig sein wollen, müssen unsere Gemeinden den quantitativen Schrumpfungsprozess mit dem qualitativen Ziel lebenswerter Städte verknüpfen. Einfach überall dort Gebäude abzureißen, wo gerade Leerstand ist, führt dazu, dass Stadtstrukturen unwiederbringlich zerstört werden. In den kleineren und mittleren Städten sind vor allem die Altbauten in den Gründerzeitvierteln von Leerstand bedroht; ganze Quartiere sind in Gefahr. Lebensqualität ist aber davon abhängig, dass wir lebendige Städte haben, mit intakten Stadtstrukturen. Deshalb müssen wir gut überlegen, insbesondere Sie, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, welche Quartiere

insgesamt zurückentwickelt und welche für die Zukunft aufgewertet werden sollen.

Es geht in den nächsten Jahren darum, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Das **Leitbild der kompakten Stadt** ist dafür das geeignete Instrument. Es sieht vor, die Innenstädte als Zentren für Wohnen, Handel, Gewerbe, Infrastruktur und Daseinsfürsorge zu stärken. Die Innenstadtentwicklung hat Vorrang. Leerstände müssen vorrangig am Stadtrand zurückgebaut werden. Nur so verhindern wir, dass unsere Städte auseinanderfallen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: niemand wird gezwungen, ein Quartier abzureißen, nur weil es am Stadtrand liegt. Auch außenliegende Stadtquartiere können zukunftsfähig und erhaltenswert sein. Die grundsätzliche Entwicklung muss aber von außen nach innen geschehen.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass das oft schmerzhaft ist; in meiner Zeit als OB in Pirna mussten wir auch die ein oder andere schwere Entscheidung zugunsten der Innenstadt treffen. Aber die Entwicklung gibt uns heute Recht.

Das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ hat hier eine Menge leisten können. Sehr gute Erfahrungen haben wir auch mit einem

ergänzenden Landesrückbauprogramm gemacht. Das hat der Wohnungswirtschaft 2009 und 2010 zusätzlich geholfen.

Ich habe daher entschieden, dieses Jahr für diesen Zweck erneut 1 Million Euro zur Verfügung zu stellen. Die Ausschreibung für die Gemeinden erfolgt in diesen Tagen. Das Programm wird auch in den kommenden 2 Jahren fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, der Rückbau von Wohnungen allein reicht nicht aus. Der demografische Wandel erfordert auch **Anpassungen bei der Infrastruktur**. Diese ist momentan auf sehr viel mehr Einwohner ausgerichtet. Das alles zu erhalten bedeutet, zwangsläufig an finanzielle Grenzen zu stoßen. Auch technisch gibt es Probleme. Rückbau über der Erde muss mit Infrastrukturanpassungen unter der Erde einhergehen; das ist ein wichtiger Aspekt nachhaltiger Stadtentwicklung. Wie das erfolgreich funktioniert, kann man in z. B. Weißwasser sehen.

Bei Nachhaltigkeit geht es aber zu allererst um das Thema Klima und Energie. Das bedeutet für die Städte neue Aufgaben, aber auch große Chancen. Wichtig ist: nicht mehr nur das einzelne Gebäude, sondern weitere räumliche Ebenen, wie Quartier und Stadtgebiet, rücken in den Mittelpunkt.

Auch für Klima- und Energiefragen ist das Leitbild der kompakten Stadt ein wichtiges Instrument, denn die kompakte Stadt ist die energiesparende Stadt. Sind Leben, Wohnen und Arbeiten auf zentrale Gebiete konzentriert, hilft das per se Energie zu sparen. Zusätzlich verringern kompakte Städte den innerstädtischen Verkehr. Wenn die Wege kurz sind, gehen die Menschen gerne zu Fuß, nutzen den ÖPNV oder fahren mit dem Fahrrad.

b. Wohnen

Meine Damen und Herren, auch im Wohnungsbau wird es Anpassungen geben müssen. Hier sind vor allem Einzeleigentümer sowie kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft gefragt.

Bei vielen ist das schon angekommen: ich weiß bspw., dass die Chemnitzer Wohnungsunternehmen in den letzten zwei Jahren das Landesprogramm zur energetischen Sanierung intensiv genutzt haben. 240 Wohnungen haben Sie klima- und energietechnisch auf den neuesten Stand gebracht. Insgesamt steht man hier aber noch am Anfang: Viele Berechnungen zu Einsparungen beruhen auf theoretischen Modellen. Belastbare Daten aus der Wirtschaft fehlen bisher.

Auch deshalb arbeiten wir im Innenministerium mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft und anderen Verantwortlichen an einem „Klimapakt Städte- und Wohnungsbau Sachsen“. Für diese vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit bin ich sehr dankbar. Ziel ist, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen zu verbessern. Außerdem geht es um einen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz. Das ist im innerstädtischen Bereich eine enorme Herausforderung, gerade bei den großen Altbaubeständen. Um dies zu erleichtern, hat der Bund unter anderem im Juni 2011 entsprechende Regelungen im Baugesetzbuch neu gefasst. Es geht vor allem um Möglichkeiten der energetischen Sanierung und der dezentralen Energieversorgung, bspw. durch erneuerbare Energiequellen und Kraft-Wärme-Kopplung. Wichtig ist: auch hier muss das gesamte Quartier im Blick behalten werden. Da stehen wir noch am Anfang. Blaupausen für eine Umsetzung gibt es nicht. Unsere Kommunen legen sich beim Thema Energieeffizienz schon mächtig ins Zeug: zum Beispiel Delitzsch. Die Stadt will erreichen, dass dort mehr Energie produziert als verbraucht wird. Damit hat sie wohl auch beste Chancen für den „European Energy Award“ 2012 in Gold.

Meine Damen und Herren, gut zu wohnen, gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. In den letzten Jahren haben wir hier

viel erreicht. Durch den demografischen Wandel erhält das Wohnen in Sachsen künftig eine größere soziale Dimension.

Mehr ältere Menschen, das heißt auch mehr ältere Mieter. Immer mehr von ihnen wünschen sich, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben. Dafür müssen Wohnungen aber spezielle Anforderungen erfüllen; d.h. sie sind im Idealfall barrierefrei, aber zumindest barrierereduziert. Perspektivisch sollten sie zudem mit technischen Möglichkeiten ausgestattet sein, die das Altwerden in der eigenen Wohnung noch länger ermöglichen. Der Bedarf an solchen Wohnungen nimmt zu. Bis jetzt gibt es in Sachsen nach unseren Erkenntnissen nur rund 43.000 solcher Wohnungen. Der Bedarf ist aber wesentlich höher. Mindestens 1.500 solcher Wohnungen werden künftig pro Jahr zusätzlich benötigt.

Außerdem sind viele ältere Menschen auf günstigen Wohnraum angewiesen. Ihr Anteil wird noch steigen. Das heißt: Wohnen in der Innenstadt muss nicht nur lebenswert sondern auch bezahlbar sein – und zwar bei Mieten wie Nebenkosten.

Das gilt nicht nur für ältere Menschen, auch für Familien. Denn dort, wo sich Familien niederlassen, hat die Stadt eine Zukunft. Die Lebensqualität der Menschen wird hier wieder durch das Leitbild der kompakten Stadt bestimmt. Unsere Innenstädte brauchen gute

Angebote für alle Generationen: zentrale Dienstleistungen, ausgebaute Infrastruktur, genügend Parks und Freizeitstätten, Handel und Gewerbe, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, Pflegeeinrichtungen – die Liste ließe sich fortsetzen. Im Klartext heißt das: unsere Städte und Gemeinden sollen nicht nur schön, sie sollen vor allem auch funktional sein. Das umzusetzen, bedeutet nachhaltige Stadtentwicklung.

c. Denkmalpflege/Umgang mit historischer Bausubstanz

Meine Damen und Herren, Kulturdenkmale prägen unsere Städte, Dörfer und Landschaften. Sie spiegeln Sachsens reiche Geschichte und Kultur wider. Über 1 Milliarde Euro sind vom Freistaat Sachsen in den letzten 20 Jahren allein in die sächsischen Denkmale geflossen – dazu kommen noch mal ca. 500 Millionen aus dem Landesprogramm Denkmalpflege und fast 1 Milliarde für die Kulturdenkmale im staatlichen Besitz. Das macht insgesamt über 2,5 Milliarden Euro für die sächsischen Denkmale – damit wurden über 2/3 der gesamten Denkmalsubstanz hervorragend saniert. Das kann man überall in Sachsen sehen. Gehen Sie bspw. mal durch Görlitz; das ist wie eine Zeitreise durch fast tausend Jahre europäischer Geschichte; oder Freiberg, mit dem Schloss und der wunderschönen Altstadt; oder auch Glauchau mit seiner beeindruckenden Villenarchitektur.

Wir dürfen nicht aufhören, uns anzustrengen. In vielen unserer kleinen und mittleren Städte besteht noch Sanierungsbedarf. Daneben haben wir viele Industriedenkmale, die das Gesicht unserer Städte und Gemeinden stark prägen. Hier gibt es noch einiges zu tun, genau wie bei den ca. 6.500 Umgebendehäusern in der Oberlausitz.

Denkmale stiften Identität; für mich und die meisten Sachsen bedeuten sie Heimat. Denken Sie an die vielen Initiativen und Vereine, die sich um Einzeldenkmale kümmern. Diese Denkmale sind es doch, die oft den Reiz und die Bedeutung von Orten erst ausmachen.

Gleichzeitig müssen wir unsere Baudenkmale behutsam erneuern. Wir müssen dafür sorgen, dass sie eine praktische Funktion erfüllen; keinem nützen Denkmale in der Innenstadt, wenn sie leer stehen.

Fakt ist: es wird uns nicht gelingen, alles zu erhalten. Ich bin daher dankbar für jeden Eigentümer, für jeden Investor, der ein kulturhistorisches Kleinod erhält. Und ich danke den vielen Stiftungen, die sich mit großer Leidenschaft für den Erhalt unseres kulturellen Erbes einsetzen.

Sachsen hat einen der höchsten Altbaubestände aller Bundesländer. Zwei Drittel der Gebäude wurden vor 1948 errichtet. Mehr als die Hälfte der sächsischen Wohnungen befinden sich in diesen

Gebäuden. Stadtentwicklung und Denkmalpflege müssen daher Hand in Hand gehen.

Unser Ziel ist es, Leben in die alten Gemäuer zu bringen. Auch Sie müssen modernen Ansprüchen genügen. Ich bin mir bewusst, dass energetische Sanierung von Denkmälern immer noch ein sensibles Thema ist. Das Innenministerium will hier zwischen Eigentümern, Investoren, Denkmalpflegern und Baufirmen vermitteln.

d. Integrierte Planung

Meine Damen und Herren, Stadtentwicklung braucht eine Vision und eine gute Planung. Dazu gehört ein integrierter Ansatz.

Ich bin froh, dass mittlerweile die meisten Städte und Gemeinden in Sachsen ein integriertes Stadtentwicklungskonzept haben. Ich weiß, solche Konzepte zu entwickeln, ist oft ein schwieriger Weg; das erfordert von den Beteiligten viel Kompromissbereitschaft.

Ich bin überzeugt, langfristig führt für keine sächsische Stadt der Weg an so einem Konzept vorbei. Dort, wo die Zukunftsthemen Demografie, Klima und Energie noch nicht in den Planungen auftauchen, müssen die Stadtentwicklungskonzepte unbedingt

weiterentwickelt werden. Insbesondere im Bereich Klima und Energie ist eine strategische Ausrichtung der Städte unverzichtbar. Das können die Verantwortlichen aber nicht alleine schaffen. Dafür brauchen sie die Unterstützung aller Beteiligten.

Außerdem ist es notwendig, die gesamtstädtischen Konzepte auf die einzelnen Quartiere herunterzubrechen. Lebensqualität wird nur durch Detailarbeit erreicht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens der Städte und Gemeinden.

Ich kann nur an alle Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden appellieren: Nehmen Sie das Ernst. Denn integrierte Planung ist schlicht und ergreifend ein Standortvorteil. Investoren brauchen vor allem eins: Planungssicherheit. Wer große Summen in unsere Städte und Gemeinden investiert, will das nicht umsonst machen. Wenn Städte ein überzeugendes Entwicklungskonzept haben, sehen Investoren daran, welche Quartiere zukunftsfähig sind und welche nicht. Auf eine einfache Formel gebracht: ohne überzeugendes Stadtentwicklungskonzept keine Investitionen; ohne Investitionen keine Stadtentwicklung.

e. Stadt-/Umlandbeziehungen

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle hört integrierte Planung nicht auf. Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Städte müssen bei ihren Planungen über den eigenen Stadtrand hinaus schauen. Integrierte Planung darf sich nicht nur auf die Stadt selbst beziehen. Derzeit arbeiten wir im Innenministerium am neuen Landesentwicklungsplan. Dort werden den Städten bestimmte Funktionen für ihr Umland zugeordnet. Gerade die kleinen und mittleren Städte haben hier eine große Verantwortung. Sie sind Ankerpunkte für den umliegenden ländlichen Raum. Ihre Stadtentwicklungskonzepte müssen dieser Verantwortung gerecht werden.

In Zukunft bilden Städte und Dörfer mehr denn je Verantwortungsgemeinschaften. Das erfordert noch mehr Zusammenarbeit. Konkurrenzdenken oder Kirchturmpolitik sind da fehl am Platz.

Konkrete Aufgaben müssen untereinander abgestimmt und bestimmte Funktionen an die größeren Städte und Gemeinden abgegeben werden. Das erfordert enge und vertrauensvolle Abstimmungen zwischen allen Beteiligten auf kommunaler und staatlicher Ebene. Wir wollen damit die ländlichen Gemeinden nicht schwächen, wie uns manchmal unterstellt wird, sondern stärken! Die Stadt Frankenberg ist

dafür ein positives Beispiel: die Verantwortlichen haben es geschafft, aus ihrer Stadt ein Bildungszentrum für die Region zu machen. Davon profitieren die umliegenden kleineren Städte und Gemeinden. Das sollte und muss Nachahmer finden.

f. Bürgerteilhabe

Meine Damen und Herren, Stadtentwicklung ist für die Menschen da. Am besten geht sie auch von den Bürgern einer Stadt aus. Denn es hat keinen Sinn, an den Bedürfnissen der Menschen vorbeizuplanen. Deswegen muss die Bevölkerung frühzeitig in die Planungen mit einbezogen werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür sind in Sachsen schon sehr gut. Es lohnt sich aber, über weitere Verbesserungen nachzudenken; bspw. über eine noch frühere Beteiligung mit mehr Initiative der Kommunen.

Wie Bürgerbeteiligung quartiersbezogen funktionieren kann, hat bspw. die Stadt Dresden am Neumarktareal und in der Inneren Neustadt mit ihren „Dresdner Debatten“ gezeigt.

Stadtentwicklung muss mit denen zusammen gestaltet werden, die in der Stadt wohnen, arbeiten und leben. Denn Heimat beginnt schon vor der Haustür. Stadtentwicklung ist Heimatpflege. Gestalten können wir nur, wenn sich alle für ihre Stadt und für unser Land engagieren –

Bewohner, Eigentümer, Investoren, Mandatsträger, Stadtplaner, Denkmalschützer und Architekten.

Beteiligung, das heißt zum einen, den Bürgern eine angemessene Rolle im demokratischen Verfahren zukommen zu lassen. Damit das gelingen kann, muss in den Rathäusern noch eine stärkere Mitmachkultur Einzug erhalten. Die Menschen müssen auch das Gefühl bekommen, dass ihre Ideen und Initiativen von den Stadtoberen erwünscht sind.

Beteiligung entsteht aber auch durch Engagement von Bürgern in ihrem direkten Umfeld, wenn Einwohner gemeinsam ihre Straßen und Stadtteile gestalten.

Werdau ist hier ein schönes Beispiel: Bürgervereine, die Vorschläge machen. Bürger, die in ihrer Freizeit aktiv mithelfen, ihre Stadt zu verschönern. Von solchem Engagement lebt unsere Gesellschaft.

Die Initiative „Haushalten e.V.“ zeigt in Leipzig seit einigen Jahren, wie nicht genutzte Gründerzeitbauten in schwierigen Lagen erhalten werden können. Bei den Wächterhäusern geht es um intelligente Zwischennutzung: günstiger Wohnraum, Einzelhandel, Gewerbe. Das tut oft dem gesamten Quartier gut. Ich kann nur an alle appellieren, solche kreativen Ideen zu adaptieren und in der eigenen Stadt zu

versuchen. Inzwischen hat das Modell in einigen Städten Mitteldeutschlands Schule gemacht.

In einigen Städten gibt es inzwischen Quartiersmanager oder „Stadtteil-Kümmerer“ – sie koordinieren das unterschiedliche Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung. -Das muss in noch mehr Städten und Gemeinden eingeführt werden.

Mir ist klar: so etwas entsteht nicht von heute auf morgen. Eine Mitmachkultur muss sich entwickeln. Wir sind aber auf einem sehr guten Weg. Dabei wird das Internet immer wichtiger auch darauf müssen sich die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden einrichten.

5. Förderstrategie

a) Förderpolitik des Freistaats

Meine Damen und Herren, ich komme abschließend zu unserer Förderstrategie. In den letzten Jahren war die Förderpolitik von Land, Bund und EU ein entscheidender Impulsgeber für die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Wir werden nur dann bewahren, erneuern und gestalten können, wenn auch der finanzielle Rahmen stimmt.

Perspektivisch werden die dafür zur Verfügung stehenden Mittel wegen der allgemeinen finanziellen Entwicklung weniger. Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Wenn es in Sachsen immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, hat das Folgen. Außerdem gehen mit sinkenden Einwohnerzahlen, auch die Zuweisungen des Bundes zurück. Außerdem geht die finanzielle Unterstützung durch EU und Bund weiter zurück und der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Bis oben hin gefüllte Fördertöpfe wird es deswegen nicht mehr geben. Daraus folgt: wenn es weniger zu verteilen gibt, muss das, was verteilt werden kann, noch effizienter eingesetzt werden.

Für den Freistaat bedeutet das, dass wir unsere Förderpolitik noch enger auf die von mir dargestellten Schwerpunkte legen werden. Denn dort, wo Mittel fließen, müssen sie den größtmöglichen städtebaulichen Effekt erzielen.

Deswegen werden durch die **Städtebauförderung** künftig vorrangig die Städte gefördert, deren Stadtentwicklungskonzepte die Aspekte Demografie, Klimaschutz und Energieeffizienz berücksichtigen und einen integrierten Ansatz verfolgen. Außerdem werden die Städte und Gemeinden besonders berücksichtigt, die stark vom demografischen Wandel betroffen sind.

Neben der Städtebauförderung bleibt auch die **Wohnraumförderung** wichtig. Die Schwerpunkte sind dieselben: Demografischer Wandel, Klimaschutz und Energieeffizienz.

Dazu gibt es im Freistaat verschiedene Förderrichtlinien, die wir stetig weiterentwickeln.

Mit der Richtlinie „Mehrgenerationenwohnen“ fördern wir Wohnraum, der sowohl älteren Menschen als auch jungen Familien zu Gute kommt. Barrierefreiheit ist nicht nur für ältere Menschen wichtig, sondern nützt auch Eltern – denn: wo ein Rollator durchpasst, passt auch ein Kinderwagen durch! Derzeit justieren wir die Richtlinie zugunsten der Innenstadtentwicklung neu. Wir wollen den höheren Sanierungskosten in den Innenstädten Rechnung tragen. Künftig ist die Zuwendungshöhe abhängig vom Alter des Sanierungsobjekts. Darüber hinaus sollen auch Neubauten gefördert werden, wenn sie städtebaulich sinnvoll sind, bspw. beim Lückenschluss. Die Änderungen sollen spätestens zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Mit der Richtlinie „Wohneigentum“ fördern wir Privatleute, die Wohneigentum in den Innenstädten oder zukunftsfähigen Stadtteilen erwerben oder neu errichten wollen. Wohnraumförderung geht hier mit den Zielen der Städtebauförderung Hand in Hand. Sachsen darf gerne

mehr Eigentümer haben. Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir hier noch viel Luft nach oben.

Mit der Richtlinie „Energetische Sanierung“ fördern wir Klimaschutz und Energieeffizienz. In den vergangenen Jahren wurden insgesamt 100 Mio. Euro für die energetische Sanierung von Wohngebäuden bewilligt. Die Nachfrage ist in diesem Jahr so groß wie nie zuvor.

Das Volumen der bisher eingereichten Anträge auf Fördermittel liegt bereits jetzt über den verfügbaren 60 Mio. EUR. Zu 90 Prozent werden die Programme „Energetische Sanierung“ und „Wohneigentum“ nachgefragt. Wir haben nochmals darauf reagiert und entsprechend der Nachfrage umgeschichtet. Damit stehen für das Programm „Energetische Sanierung“ in diesem Jahr 28,7 Mio. EUR zur Verfügung, für das Programm „Wohneigentum“ 23,7 Mio. EUR. Ursprünglich waren für beide Programme jeweils 20 Mio. EUR eingeplant. Das ist eine sehr vernünftige Lösung: Anstatt das Geld im Programm Mehrgenerationenwohnen ungenutzt zu lassen, wird es sinnvoll für die beiden anderen Programme eingesetzt.

Trotz dieser Umverteilungsmaßnahmen kann der Bedarf leider bei weitem nicht gedeckt werden. Für Anträge, die erst jetzt gestellt werden, stehen in diesem Jahr voraussichtlich keine Mittel mehr zur Verfügung.

Für diese Programme gibt es seit 2009 einen Wohnraumförderfonds. Wenn wir in den nächsten Jahren den Fonds aus Zuflüssen der Kompensationsmittel weiter speisen und die daraus finanzierten Darlehen mit Zins und Tilgung zurückfließen, schaffen wir weit über das Jahr 2019 hinaus eine tragfähige Finanzierungsgrundlage zur Wohnraumförderung. Andere Länder machen uns das nach!

Bund und EU

Meine Damen und Herren, die Städtebau- und Wohnraumförderung durch den Freistaat ist das eine. Ohne die finanzielle Unterstützung von Bund und EU ist eine erfolgreiche Stadtentwicklung in Sachsen aber nicht möglich. Deshalb setze ich mich sowohl in Berlin als auch in Brüssel für unsere sächsischen Interessen ein.

Bund

Eins vorweg: Bei den Verhandlungen mit dem Bund ist an mehreren Stellen alles noch im Fluss. Gegenüber Bundesbauminister Dr. Ramsauer mache ich mich aber bei allen Gelegenheiten dafür stark, dass die Fördermittel nicht gesenkt werden; zumal wir in den letzten Jahren bereits schmerzhaft Einschnitte erfahren mussten.

Insbesondere das Kürzen von Förderungen, nur um kurz danach wieder halbherzig zu erhöhen, ist für uns alle sehr unbefriedigend.

Wir erwarten darüber hinaus, dass der Bund seine verschiedenen Programme qualitativ weiterentwickelt. Außerdem brauchen wir verlässliche Aussagen zur Laufzeit einzelner Programme – darauf sind unsere Städte und Gemeinden angewiesen. Bei der Wohnraumförderung ist es unbedingt erforderlich, dass auch für die Jahre 2014 bis 2019 weiterhin Kompensationsmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel bilden die wichtigste Fördergrundlage.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist eine Anschlussregelung an die bisherige Altschuldenhilfe-Regelung für die Wohnungswirtschaft. Sie läuft 2013 aus. Seit Sommer 2011 arbeiten die ostdeutschen Länder in enger Abstimmung mit den wohnungswirtschaftlichen Verbänden an dieser Frage. Die Wohnungsunternehmen wollen sich auch künftig aktiv am Stadtbau beteiligen und benötigen hierfür sowohl beim Rückbau als auch bei der Aufwertung politische und wirtschaftliche Unterstützung. Ich bin mir mit meinen ostdeutschen Kollegen und den Verbänden der Wohnungswirtschaft einig: wir brauchen eine Alternative, falls die Altschuldenentlastung wegfällt. Der Freistaat hat hier Handlungsoptionen, auch ohne den Bund: bspw. könnte allen Eigentümern dann ein Vorrang in den Programmen der

Wohnraumförderung eingeräumt werden, wenn sie in zukunftsfähige Quartiere investieren und sich am Rückbau beteiligen.

Ich bin dankbar, dass die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder auf Initiative unseres Ministerpräsidenten eine Nachfolgeregelung in ihrer Besprechung am 24. April 2012 vom Bund gefordert haben. Wir erwarten, dass die Bundesregierung die Mittel für die Städtebauförderung in den kommenden Jahren nachhaltig, auch mit Blick auf die auslaufende Altschuldenregelung, erhöht. Ich gebe mich jedoch keiner Illusion hin: Es wird vieler weiterer Verhandlungen mit dem Bund bedürfen, um zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen.

Europäische Union

Auch die EU-Strukturfondsförderung ist ein wichtiges Instrument in der sächsischen Stadtentwicklung. Seit 1994 sind insgesamt 383 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in unsere sächsischen Städte und Gemeinden geflossen. Im Vordergrund stand stets der integrierte und sektorübergreifende Ansatz. Für die nächste Förderperiode ab 2014 beabsichtigt die Europäische Kommission das sächsische Budget um ein Drittel zu kürzen. Die sächsischen Städte brauchen aber weiterhin eine angemessene Unterstützung durch die EU. Dafür habe ich mich bei

meinen Besuchen im letzten Dezember und im März in Brüssel eingesetzt.

6. Schluss

Meine Damen und Herren, Stadtentwicklung bleibt im Freistaat auch für die nächsten zehn Jahre eine zentrale Aufgabe. Ich habe Ihnen dargestellt, was wir in über 20 Jahren Stadtentwicklung schon erreicht haben und welchen Anspruch wir für die nächsten zehn Jahre haben. Unsere Städte und Gemeinden sollen lebenswert sein und bleiben! Das ist eine Daueraufgabe. Der Freistaat will den Rahmen dafür setzen, dass sich unsere Städte und Gemeinden eigenverantwortlich entwickeln können. Dafür haben wir eine Strategie und eine Vision.

Diese Strategie muss mit Leben erfüllt, sie muss umgesetzt werden. Stadtentwicklung in Sachsen ist bisher eine gemeinsame Erfolgsgeschichte. Ich bin überzeugt, dass wir sie weiterschreiben werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht schließen Sie an dieser Stelle noch einmal kurz die Augen. Vergleichen Sie die Städte unmittelbar nach der Wende mit dem Zustand von heute. Und jetzt stellen Sie sich bitte vor, wie sie aussehen werden, wenn alle weiter so zusammenarbeiten, wie in den letzten zwanzig Jahren.

Ich habe deutlich gemacht: Stadtentwicklung ist zu allererst eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Staatsregierung kann Leitlinien formulieren; es ist aber die Aufgabe der Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden, den Akteuren der Wohnungswirtschaft, den Eigentümern und Investoren und nicht zuletzt Aufgabe der Bürger, die Entwicklung ihrer Heimat selbst zu gestalten. Stadtentwicklung ist für die Menschen da, am besten fängt sie auch bei ihnen an.

Packen wir gemeinsam an!

Vielen Dank!

- Es gilt das gesprochene Wort! -